

Herrn Bundesminister Dr. Philipp Rösler  
Bundesministerium für Gesundheit  
Friedrichstraße 108  
10117 Berlin

## **Online-Stammdaten-Abgleich**

Sehr geehrter Herr Minister, Kollege Dr. Rösler,

Die Vereinigung Liberaler Ärzte, Bundesverband, warnt eindringlich vor der Einführung eines Online-Abgleichs der Versicherten-Stammdaten in den Arztpraxen. Wer den fordert, macht sich keine Vorstellung davon, was das in der Praxis bedeutet.

Ein Online-Datenabgleich quartalsweise, monatlich oder gar bei jedem Arztbesuch erfordert folgende Schritte:

1. einführen der Karte in das Online-Abgleich-Lesegerät.
2. Automatische Einwahl des Geräts in den Kassen-Server.
3. Warten auf Antwort.
4. Bestätigung oder Nichtbestätigung der Mitgliedschaft.
5. Dokumentierung der Rückmeldung.
6. Entnahme aus dem Lesegerät.

Erst dann kommt das auch bisher schon praktizierte Einlesen der Karte an einem anderen Lesegerät, das mit der Praxissoftware verbunden ist.

Der Zeitaufwand des Online-Datenabgleichs ist dabei der Knackpunkt, und zwar die Punkte 2 und 3 sowie 5. Das ist vergleichbar mit dem Zeitaufwand beim Geldabheben am Automaten oder beim Bezahlen an der Tankstellen- oder Supermarktkasse. Auch hier dauert es - „Bitte warten, Ihr Vorgang wird bearbeitet“ – viele Sekunden, wenn nicht halbe Minuten. Der Betrieb an der Anmeldung wird zusammenbrechen. Die Personalkosten, die wir für diese zusätzliche Bürokratie aufzuwenden hätten, gingen zu unseren Lasten und würde die Attraktivität des Arztberufs in freier Praxis vollends ruinieren.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Tatsache, dass es zu Fehlermeldungen immer dann kommen wird, wenn ein Arbeitnehmer den Arbeitgeber wechselt. Dann war es auch bisher schon so, dass die Kasse nach Eingang der Abmeldung durch den alten Arbeitgeber keine Mitgliedschaft feststellen kann, bis die neue Anmeldung durch den neuen Arbeitgeber verarbeitet und dem System bekannt ist. Dann erst erfolgt die rückwirkende Bestätigung der Mitgliedschaft. Bis zur Aktualisierung des Meldestatus im Kassenserver können Wochen vergehen. Welch nutzloser Nachfrage- und Klärungsaufwand in den Praxen entstehen wird, ist heute schon absehbar.

Die Vereinigung Liberaler Ärzte wird sich daher keinesfalls auf Positionen zurückziehen, die da lauten: „Wenn sich der Online-Stammdatenabgleich schon nicht mehr verhindern lässt, so sollten wir darauf drängen, dass die strikte Trennung von der Praxis-Software gesetzlich festgeschrieben wird...“ Die strikte Trennung der Online-Stammdatenprüfung von der Praxissoftware ist gut und richtig. Sie schützt die Vertraulichkeit der Informationen über unsere Patienten. Diese mögen zusammen mit Datenschützern und Verbraucherverbänden ihre Interessen wahrnehmen, und wir werden sie darin unterstützen. Aber die Vertraulichkeit der Patientendaten und der ärztlichen Schweigepflicht ist nicht unser originäres Interesse als Ärzte, sondern zu allererst das der Patienten.

Die FDP muss wissen, dass, wenn sie den Online-Datenabgleich zulässt oder gar ins Gesetzgebungsverfahren einbringt, sie 90 % aller Stimmen niedergelassenen Ärzte verlieren wird. Denn sie verkauft damit die Interessen der Freiberufler an die IT-Industrie, indem sie die Bürokratie in unseren Praxen ins Unerträgliche steigert. Das Beispiel wird seinen Eindruck auf andere Freiberufler nicht verfehlen.

Denn dass die Kassen und die IT-Industrie, in deren Interesse der Online-Abgleich eingeführt würde, uns eine Entschädigung für den bürokratischen Mehraufwand und insbesondere den Zeitaufwand an unseren Anmeldungen zahlen würden, glaubt doch wohl im Ernst niemand. Der Online-Stammdaten-Abgleich gehört zu den Projekten, über die man sagen kann: „Milliarden-Projekte ohne unmittelbaren Nutzen für die Patientenversorgung, welche den bürokratischen Kontroll- und Lenkungs-Wasserkopf des Gesundheitswesens immer noch mehr aufblähen, gehören unverzüglich auf Eis gelegt.“

Es kann nicht unser Problem sein oder werden, dass die Kassen den Versicherten Mitgliedsausweise in Form von chipkarten aushändigen, deren Gültigkeitsaufdruck Makulatur werden kann, und die von den Kassen nach ende der Mitgliedschaft nicht eingezogen werden.

**Warum werden nicht die Patienten für eine missbräuchliche Verwendung nach Ende der Mitgliedschaft zur Rechnung gezogen?**

**Warum sollen wir dafür haften, dass ein Patient nicht mehr versichert ist?**

**Warum holt sich beim Kassenwechsel die alte Kasse das Gezahlte nicht von der neuen Kasse zurück?**

**Warum richten die Kassen nicht den Geldautomaten vergleichbare Service-Points in ihren Filialen ein, wo sich der Patient kassenübergreifend den Vermerk auf die Kasse laden kann, dass sein Versichertenverhältnis noch besteht?**

Das würde bedeuten, dass ein Kassenwechsel nur noch zum Quartalsende möglich ist mit 4, 5 Monaten Kündigungsfrist. Dann könnte der Abgleich durch den Patienten und der Eintrag auf dem Chip im Quartal selbst, aber auch schon im letzten Monat des Vorquartals erfolgen. Auch unmittelbar vor dem Arztbesuch, warum nicht auch an den Geldautomaten der Banken (die dafür natürlich ein Entgelt haben wollen würden), aber eben **nicht zu Lasten der Arbeitszeit unserer Helferinnen und auf unsere Kosten**. Beim Einlesen in der Praxis könnte dann unser PC-Programm sofort sehen, ob die Mitgliedschaft für das laufende Quartal garantiert ist und das automatisch dokumentieren.

**Lieber Herr Kollege Rösler, wir erwarten von Ihnen und von der FDP nicht mehr und nicht weniger, als**

**1. Keine Mehr-Bürokratie in unseren Praxen, und**

**2. keine Mehrkosten für Geräte und Handling-Zeiten zu unsren Lasten.**

Kommen die Mehrbelastungen der Ärzte und die Einschränkungen der Freiberufllichkeit von der FDP genauso so rücksichtslos, wie seinerzeit von Ulla Schmidt („Ich erwarte, dass die Ärzte die Patienten für das Geld behandeln, das die Kassen zu zahlen bereit sind“, und weiter in diesem Jargon gedacht wohl auch „und dass sie das unter den von uns diktierten Bedingungen tun“), dann bricht der FDP das Ärztelager vollends weg.

Mit freundlichem Gruß!

Für den Bundesvorstand der Vereinigung Liberaler Ärzte:

Dr. Lotter, Dr. Bender, Dr. Hartmann, Dr. Blaettner, Dr. Luckas, Fr. Dr. Tichov,  
Dr. Grünewald, Dr. Ebertseder

Landesverband Nordrhein-Westfalen der Vereinigung Liberaler Ärzte:

Hans-Peter Meuser